

OB Horn besuchte Günterstal am 26.01.2025 zum Neujahrsempfang

Zahlreiche Mitglieder der Bürgerinitiative Windkraft Günterstal hatten sich anlässlich des Neujahrsempfangs von Günterstal vor der Matthias-Claudius-Kapelle versammelt, um OB Horn ihre Sorgen und ihren Unmut über die geplanten Standorte rund um Günterstal kundzutun. Dieser nahm sich Zeit, um mit den Bürgern über die bereits bestehenden und auch geplanten Standorte für Windenergieanlagen im Schauinslandgebiet zu diskutieren. Die Bürger argumentierten, dass durch die Windindustrieanlagen zu große Flächen des Waldes gerodet werden müssten und damit erhebliche negative Auswirkungen auf den Wasserhaushalt des Waldes - z.B. Austrocknung und Erwärmung des Bodens - verbunden seien. Es führe zu einem Ansteigen des Hochwasserrisikos, der Brandgefahr mit der Unmöglichkeit des Löschens und zu einer Reduzierung der Artenvielfalt. Die Region verliere ihre Funktion als Naherholungsgebiet, nicht nur für Günterstal, sondern für die ganze Stadt Freiburg. OB Horn räumte ein, dass der Wald in unserer Region noch recht stabil und gesund sei, er nehme aber die Auswirkungen durch die entstehenden Schneisen und die Abholzung in Kauf.

(Anmerkung: Pro Windkraftanlage müssen 1-1,5 ha gesunder Wald gerodet werden, einschließlich Zuwegung)

Im Gegensatz zu den Mitgliedern der BI war OB Horn der Ansicht, dass die der Natur angetanen Schäden nach Abbau der Windräder nach 20 Jahren bereits in kurzer Zeit reversibel wären. Der Klimawandel sei Feind des Waldes, nicht die Abholzung für Windenergieanlagen.

(Anmerkung: Der Wald braucht für eine Renaturierung nach geo-umweltwissenschaftlichen Erkenntnissen ca. 80-100 Jahre)

Die Sorgen der Bürger, erheblich durch den Lärm und den Schattenwurf der Anlagen beeinträchtigt zu werden, versuchte er durch Verweis auf bestehende gesetzliche Vorschriften und Grenzwerte zu besänftigen.

(Anmerkung: Die Windräder werden immer höher und lauter, der Abstand zur Bebauung bleibt aber gleich oder nimmt sogar ab, definierte Abstandsgrenzwerte gibt es in Baden-Württemberg nicht, lediglich Empfehlungen. Dies bedeutet, die Lärmbelastung wird deutlich steigen)

Im weiteren Verlauf des Gesprächs ging es um die erhebliche Umweltverschmutzung infolge der Sprengung der alten Windräder auf der Holzschlägermatte und um die als Repowering bezeichnete Errichtung der neuen Windenergieanlage. Dort sei die Baustelle völlig insuffizient abgesichert, der Boden massiv durch Betonstaub verseucht, was zu einer höchst alkalischen Lauge in den Pfützen mit einem pH-Wert von bis zu 13,5 führte mit Gefährdung des Grundwassers des naheliegenden Wasserschutzgebietes (unter 200 m Entfernung). Dort kam es auch zur Gefährdung von Passanten einschließlich der dort angetroffenen spielenden Kinder. Außerdem wurde Bauschutt zum Anfüllen der Grube um das neue Windrad benutzt, was gesetzlich, v. a. im Landschaftsschutzgebiet, aber auch generell im Wald verboten ist. OB Horn wurde ein „Präsentkorb“ mit Bodenproben und Betonteilen, aufgesammelt im Wald um die gesprengten Windräder, sowie ein Fragenkatalog überreicht. Er versprach, sich um die vorgebrachten Anschuldigungen zu kümmern und die Fragen zu beantworten, verwies dabei auch auf das Umweltschutzamt, bezeichnete die Anschuldigungen aber als kleinklein.

(Anmerkung: Die BI Windkraft-Günterstal brachte die Umweltverschmutzung bei der Staatsanwaltschaft am 23.12.2024 zur Anzeige. Auf Nachfrage war sie im Februar nicht auffindbar!)

Ein Mitglied der Bürgerinitiative sprach deutlich aus, dass die Bürger und die Natur den hohen Preis für die Ausbauziele der Stadt Freiburg in Sachen Windkraft bezahlen, dass man so nicht mit dem Wald vor der Haustüre umgehen dürfe und dass der Wald nicht mehr der Wald der Bürger sei, sollten die Pläne umgesetzt werden.

OB Horn verwies darauf, dass das Vorranggebiet Kybfelsen „draußen“ sei, ohne näher darauf einzugehen, wie das Gebiet Kybfelsen genau verortet ist.

Außerdem meinte er, er erspare es sich, auf das große Ganze einzugehen. Was genau er damit meinte, blieb er schuldig und überließ dies der Phantasie der Anwesenden.

Angesprochen auf einen Sachverständigenkreis unter Einbeziehung der Bürgerinitiative gab er an, als Aufsichtsratsvorsitzender der Badenova darauf hinwirken zu können, dass es einen Austausch mit der Bürgerinitiative im kleinen Kreis unter Beteiligung des Betreibers, des Umweltamts und der Genehmigungsbehörde geben könnte.

Letztlich befürchteten die Kritiker der geplanten Windindustrieanlagen, dass es bei schönen Worten und artigem Zuhören bleibt. Es liegt die Vermutung nahe, dass die Lobby der

Windenergie in Freiburg so groß ist, dass der Ortsteil Günterstal, der in der Stadt keine Stimme hat, kein ausreichendes Gehör findet und dass unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen der Profiteure der Windindustrieanlagen durchgesetzt werden.